

## Beschluss Moratorium Straßenbau und Rheinquerungen

Antragsteller\*in: Katharina Philippsen-Schmidt

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

..... Straßenbauprojekte werden wir auf den Prüfstand stellen und  
Gelder, z.B. für unzeitgemäße Autobahnen oder Umgehungsstraßen, zugunsten der  
Sanierung maroder Straßen und des Ausbaus von Schienen- und Radwegen  
umschichten.

Wahlprogrammtextwurf: Kapitel:  
LEBENSGRUNDLAGEN  
ERHALTEN - Wir bauen das  
Verkehrsnetz für das 21.  
Jahrhundert

Zeilennummer:  
379

### ...soll ersetzt werden durch...

- 1 ..... Straßenbauprojekte werden wir auf den Prüfstand stellen und
- 2 Gelder, z.B. für unzeitgemäße Autobahnen oder Umgehungsstraßen, zugunsten der
- 3 Sanierung maroder Straßen und des Ausbaus von Schienen- und Radwegen
- 4 umschichten.
- 5 Zudem ist ein Moratorium notwendig für Ausbau- und Neubauvorhaben von Autobahnen
- 6 und Straßen gem. BVWP 2030 und Landesstraßenbedarfsplan einschließlich
- 7 Abriss/Neubau/Erweiterung daraus resultierender Rheinquerungen als Brücken oder
- 8 Tunnel – auch wenn sie bereits in Vorplanung sind.

### Begründung

Straßenbauprojekte "auf den Prüfstand zu stellen" ist eine zu schwache Aussage. Es ist unverzüglich notwendig, die Rheinquerung A553 und den Ausbau A4 mit Abriss/Neubau oder Ausbau der Rodenkirchener Brücke zu stoppen. Beide Projekte sind Beispiele für Maßnahmen, die einerseits große Umweltschäden anrichten und andererseits der Mobilitätswende durch Anziehen von noch mehr Lastkraft- und Personen-Individualverkehr schaden. Dem wird die schwammige Aussage im Entwurf nicht gerecht, dort bleiben Moratorium und Rheinüber-/unterquerungen unerwähnt. Gegen diese Monsterprojekte muss landespolitisch expressis verbis Stellung bezogen werden, um die GRÜNE Position in NRW-Koalitionsverhandlungen von vorneherein deutlich zu machen.

### Unterstützer\*innen

Roman Schulte (KV Köln); Sabine Ulke (KV Köln); Marvin Schuth (KV Köln); Leon Schlömer; Thomas Ehes (KV Köln); Heike Küper (KV Köln); Jasper Nickelsen; Nicolas Blume (KV Köln); Dieter Redlin (KV Köln); Sabine Schur (KV Köln); Günter Hermkes (KV Köln); Markus Politz; Bert Lahmann (KV Köln); Heiko Trümner; Anke Niggemann; Alexander Volk (KV Köln); Nathalie Voigt (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Dr. Maria Wulf-Hundek; Andrea Spang (KV Köln); Stefan Gudde (KV Köln); Marcel Münchhalfen; Dirk Brandt-Jarofke (KV Köln); Alexander Allwicher (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Dietrich Schwilgin (KV Köln); Anne Maria Kafzyk (KV Köln); Frank Jablonski (KV Köln); Manuela Grube (KV Köln); Elisabeth Huther (KV Köln); Patrick Kopischke (KV Köln); Ildiko Zoe Mermagen (KV Köln); Eileen

Woestmann (KV Köln); Robert Schallehn (KV Köln); Andreas Haenlein (KV Köln); Peter Schmitz; Christine Seiger (KV Köln); Sabine Müller (KV Köln); Christian Drews (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Christian Becher (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Annette Kolschewski (KV Köln); Annika Morawietz (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Deniz Erdidal (KV Köln); Denise Schilling (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Katja Trompeter (KV Köln); Lisa-Marie Friede (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Carlotta Rainoldi (KV Köln); Lothar Segeler (KV Köln); Christopher Schmidt (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Christiane Klingenburg; Christoph Schenk; Luise Zühl (KV Köln); Marc Kersten (KV Köln); Evelyn Rose-Thalheim; Birgit Sell (KV Köln); Jutta Piepenbring; Martin Esch (KV Köln); Friedrich Steinforth (KV Köln); Max Beckhaus (KV Köln); Dominik Schmalen (KV Köln); Lars Wahlen (KV Köln); Timo Runde (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Thomas Schlömer (KV Köln); Regina Pischke; Floris Rudolph (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln); Dominik Bickschäfer (KV Köln); Stefan Wolters; Markus Wagener; Jörg Frank (KV Köln)

## Beschluss Mehrsprachigkeit angemessen wertschätzen.

Gremium: Grüne Jugend Köln  
Beschlussdatum: 10.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wir setzen uns dafür ein, dass alle gleichermaßen sichtbar sind, dieselben Chancen auf Teilhabe haben und ihre Stimmen Gehör finden. Wir wollen deshalb die Mehrsprachigkeit in unserer Gesellschaft stärken, internationale

Menschenrechtsbildung ausbauen und Organisationen und Vertretungen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte stärker fördern und einbeziehen. Ihre angemessene Repräsentation insbesondere in öffentlichen Institutionen ist eine Aufgabe, die wir mit Nachdruck vorantreiben werden.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:  
DEMOKRATIE IN DER  
OFFENEN GESELLSCHAFT -  
Wir begreifen Vielfalt als  
Stärke - Zusammen unsere  
Einwanderungsgesellschaft  
gestalten  
Zeilennummer:  
271

### ...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir setzen uns dafür ein, dass alle gleichermaßen sichtbar sind, dieselben
- 2 Chancen auf Teilhabe haben und ihre Stimmen Gehör finden. Wir wollen deshalb die
- 3 Anerkennung von und den Umgang mit Mehrsprachigkeit in unserer Gesellschaft
- 4 stärken, internationale
- 5 Menschenrechtsbildung ausbauen und Organisationen und Vertretungen von Menschen
- 6 mit Einwanderungsgeschichte stärker fördern und einbeziehen. Ihre angemessene
- 7 Repräsentation insbesondere in öffentlichen Institutionen ist eine Aufgabe, die
- 8 wir mit Nachdruck vorantreiben werden.

### Begründung

Wir müssen klar machen, dass Mehrsprachigkeit erwünscht ist und gefördert werden soll. Unterschiedliche Arten der Mehrsprachigkeit dürfen dabei nicht unterschiedlich bewertet werden. Allen Menschen muss gleiche Partizipation ermöglicht werden.

### Unterstützer\*innen

Isabell Oho (KV Köln); Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Anke Niggemann; Svenja May (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Teresa Vegas Condines (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Jutta Piepenbring; Herbert Clasen; Eike Danke (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Nadine Löppenber (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Stefan Wolters

## Beschluss Auszubildende und Studierende mitdenken

Gremium: Grüne Jugend Köln  
Beschlussdatum: 10.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Jeder Mensch ist anders, das macht unser Zusammenleben interessant und dynamisch. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen mit Selbstvertrauen und ohne Angst entfalten können. Die Chancen in unserem Land sind aber immer noch nicht gleich verteilt. Immer noch erleben Menschen wegen ihres Namens, aufgrund einer rassistischen Zuschreibung ihrer Religion, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, aufgrund einer Behinderung oder ihrer sozialen Herkunft Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder in der Freizeit. Benachteiligungen gibt es auch in vielen anderen alltäglichen Lebensbereichen, wie in der Schule oder bei Behördengängen. Diskriminierung in Institutionen und Behörden findet dabei nicht unbedingt als absichtsvolle Benachteiligung von Einzelpersonen statt, sondern hier spiegeln sich noch immer Stereotype und Vorurteile – bewusst oder unbewusst – wider. Diesen strukturellen Benachteiligungen werden wir mit mehreren Maßnahmen entgegenwirken.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:  
DEMOKRATIE IN DER  
OFFENEN GESELLSCHAFT -  
Wir begreifen Vielfalt als  
Stärke - Gemeinsam gegen  
Diskriminierung:  
Antidiskriminierungsgesetz  
einführen und  
Antidiskriminierungsarbeit  
ausweiten  
Zeilennummer:  
292

### ...soll ersetzt werden durch...

- 1 Jeder Mensch ist anders, das macht unser Zusammenleben interessant und
- 2 dynamisch. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen mit
- 3 Selbstvertrauen und ohne Angst entfalten können. Die Chancen in unserem Land
- 4 sind aber immer noch nicht gleich verteilt. Immer noch erleben Menschen wegen
- 5 ihres Namens, aufgrund einer rassistischen Zuschreibung ihrer Religion, ihres
- 6 Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, aufgrund einer Behinderung oder ihrer
- 7 sozialen Herkunft Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder
- 8 in der Freizeit. Benachteiligungen gibt es auch in vielen anderen alltäglichen
- 9 Lebensbereichen, wie in der Schule, Ausbildung, Universität oder bei
- 10 Behördengängen. Diskriminierung in
- 11 Institutionen und Behörden findet dabei nicht unbedingt als absichtsvolle
- 12 Benachteiligung von Einzelpersonen statt, sondern hier spiegeln sich noch immer
- 13 Stereotype und Vorurteile – bewusst oder unbewusst – wider. Diesen strukturellen
- 14 Benachteiligungen werden wir mit mehreren Maßnahmen entgegenwirken.

### Begründung

Auszubildende und Studierende, generell junge Menschen und ihre Belange werden von der Politik meistens immer noch übersehen. Deshalb ist es wichtig sie bei Beispielen für Teilhabe aufzuzählen.

## Unterstützer\*innen

Roman Schulte (KV Köln); Isabell Oho (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Luise Zühl; Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Anke Niggemann; Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Heike Kueper; Timo Runde; Herbert Clasen; Bärbel Hölzing; Esther Kings (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Stefan Wolters; Sandra Schneeloch (KV Köln); Nadine Milde (KV Köln)

## Beschluss Trans\* und queere Menschen mitdenken.

Gremium: Grüne Jugend Köln  
Beschlussdatum: 10.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Unsere Behörden sollen ein Spiegelbild und Dienstleister unserer vielfältigen Gesellschaft sein. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind wichtige Ansprechpartner\*innen für Anliegen und Probleme. Egal, ob es um einen neuen Pass oder um Wohngeld geht, der Gang zum Amt sollte für Jede\*n gleichermaßen zugänglich, verbindlich und verständlich sein. Unser Ziel ist es, die Verschiedenheit unserer Gesellschaft, die wir in NRW bereits leben und die uns ausmacht, in unsere Verwaltung zu tragen und sie dort zu verankern. Darin unterstützen wir unsere Landesbehörden und Kommunen. Daher intensivieren wir für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf Landesebene Weiterbildungsmaßnahmen, die internationale Menschenrechte, Interkulturalität und Antidiskriminierung beinhalten. Mehrsprachigkeit in Behörden, bei der Polizei und in Notdiensten bauen wir aus, egal, ob der Kontakt online, telefonisch oder persönlich erfolgt. Unser Ziel ist, dass öffentliche Einrichtungen die soziale und kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden. Dafür entwickeln wir verbindliche und messbare Zielvorgaben in den Behörden. Auch sollten sich Führungskräfte mit internationaler Biographie in den Verwaltungen stärker miteinander vernetzen können.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:  
DEMOKRATIE IN DER  
OFFENEN GESELLSCHAFT -  
Wir begreifen Vielfalt als  
Stärke - Gemeinsam gegen  
Diskriminierung:  
Antidiskriminierungsgesetz  
einführen und  
Antidiskriminierungsarbeit  
ausweiten  
Zeilennummer:  
293

## ...soll ersetzt werden durch...

1 Unsere Behörden sollen ein Spiegelbild und Dienstleister unserer vielfältigen  
2 Gesellschaft sein.  
3 Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind wichtige Ansprechpartner\*innen für  
4 Anliegen und  
5 Probleme. Egal, ob es um einen neuen Pass oder um Wohngeld geht, der Gang zum  
6 Amt sollte  
7 für Jede\*n gleichermaßen zugänglich, verbindlich und verständlich sein.  
8 Unser Ziel ist es, die Verschiedenheit unserer Gesellschaft, die wir in NRW  
9 bereits leben und die  
10 uns ausmacht, in unsere Verwaltung zu tragen und sie dort zu verankern. Darin  
11 unterstützen wir  
12 unsere Landesbehörden und Kommunen. Daher intensivieren wir für alle  
13 Beschäftigten im  
14 öffentlichen Dienst auf Landesebene Weiterbildungsmaßnahmen, die internationale  
15 Menschenrechte, Interkulturalität und Antidiskriminierung beinhalten.  
16 Mehrsprachigkeit in  
17 Behörden, bei der Polizei und in Notdiensten bauen wir aus, egal, ob der Kontakt  
18 online,  
19 telefonisch oder persönlich erfolgt. Behörden müssen für die Lebensrealitäten  
20 von queeren und  
21 trans\* Menschen sensibilisiert werden. Unser Ziel ist, dass öffentliche  
22 Einrichtungen die soziale und  
23 kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden. Dafür entwickeln wir  
24 verbindliche und messbare  
25 Zielvorgaben in den Behörden. Auch sollten sich Führungskräfte mit  
26 internationaler Biographie  
27 in den Verwaltungen stärker miteinander vernetzen können.

## Begründung

Gerade queere Menschen erfahren in Behörden und Institutionen massive Diskriminierung. Auch hier gilt es gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um diese zu bekämpfen.

## Unterstützer\*innen

Roman Schulte (KV Köln); Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Anke Niggemann; Malte Braun (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Lars Wahlen (KV Köln); Herbert Clasen; Esther Kings (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Stefan Wolters; Katja Poredda (KV Köln); Marc Kersten (KV Köln)

## Beschluss Unsichtbare Behinderungen und mentale Gesundheit mitdenken

Gremium: Grüne Jugend Köln  
Beschlussdatum: 10.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Jeder Mensch hat eigene Wünsche und Träume. Sie können sich auf die Berufswahl beziehen, auf Freizeitaktivitäten oder eine bestimmte Wohnform, in der man leben möchte. Die Chancen, sich eigene Ziele zu stecken und diese zu erreichen, müssen in einer diversen und inklusiven Gesellschaft gleich verteilt sein. Die UN-Behindertenrechtskonvention basiert auf dem Menschenrecht auf eine gleichberechtigte Teilhabe. Ihre Umsetzung wollen wir konsequent voranbringen. Zum Beispiel sollen Menschen, die im Rollstuhl in der Stadt unterwegs sind, ohne große Umwege und ohne fremde Hilfe ihr Ziel erreichen. Kinder und Jugendliche, egal ob mit oder ohne Behinderung, sollen den Beruf erlernen können, für den sie sich interessieren. Sich ehrenamtlich zu engagieren, zum Beispiel ein politisches Mandat zu bekleiden oder in einem Sportverein mitzuwirken, soll allen Menschen möglich sein. Auf dem Arbeitsmarkt erinnern wir Unternehmen und Ausbildungsbetriebe an ihre Pflicht, Menschen mit Behinderung einzustellen und überzeugen sie von den Vorteilen. Wir planen Barrierefreiheit durch Änderungen im Bauwesen von Beginn an ein, wenn Schulen oder Wohnungen gebaut werden. Politische Abläufe und Verwaltungsprozesse kommunizieren wir in leichter Sprache, in Gebärdensprache oder in Blindenschrift. Wir fördern die organisierten Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderung und finden gemeinsam mit ihnen Lösungen für die Bereiche, die noch nicht für alle auffindbar, zugänglich und nutzbar sind. Nur so garantieren wir echte Teilhabe.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:  
DEMOKRATIE IN DER  
OFFENEN GESELLSCHAFT -  
Wir begreifen Vielfalt als  
Stärke - Barrierefrei leben -  
Teilhabe ohne Schranken  
Zeilennummer:  
349

## ...soll ersetzt werden durch...

1 Jeder Mensch hat eigene Wünsche und Träume. Sie können sich auf die Berufswahl  
2 beziehen, auf Freizeitaktivitäten oder eine bestimmte Wohnform, in der man leben  
3 möchte. Die Chancen, sich eigene Ziele zu stecken und diese zu erreichen, müssen  
4 in einer diversen und inklusiven Gesellschaft gleich verteilt sein. Die UN-  
5 Behindertenrechtskonvention basiert auf dem Menschenrecht auf eine  
6 gleichberechtigte Teilhabe. Ihre Umsetzung wollen wir konsequent voranbringen.  
7 Zum Beispiel sollen Menschen, die im Rollstuhl in der Stadt unterwegs sind, ohne  
8 große Umwege und ohne fremde Hilfe ihr Ziel erreichen. Kinder und Jugendliche,  
9 egal ob mit oder ohne Behinderung, sollen den Beruf erlernen können, für den sie  
10 sich interessieren. Sich ehrenamtlich zu engagieren, zum Beispiel ein  
11 politisches Mandat zu bekleiden oder in einem Sportverein mitzuwirken, soll  
12 allen Menschen möglich sein. Auf dem Arbeitsmarkt erinnern wir Unternehmen und  
13 Ausbildungsbetriebe an ihre Pflicht, Menschen mit Behinderung einzustellen und  
14 überzeugen sie von den Vorteilen. Wir planen Barrierefreiheit durch Änderungen  
15 im Bauwesen von Beginn an ein, wenn Schulen oder Wohnungen gebaut werden.  
16 Politische Abläufe und Verwaltungsprozesse kommunizieren wir in leichter  
17 Sprache, in Gebärdensprache oder in Blindenschrift. Es gilt auch die Bedürfnisse  
18 und Interessen von Menschen mit nicht-sichtbaren Behinderungen oder psychischen  
19 Erkrankungen zu  
20 berücksichtigen. Wir fördern die organisierten Selbstvertretungen von Menschen  
21 mit Behinderung und finden gemeinsam mit ihnen Lösungen für die Bereiche, die  
22 noch nicht für alle  
23 auffindbar, zugänglich und nutzbar sind. Nur so garantieren wir echte Teilhabe.

## Begründung

Menschen mit nicht-sichtbaren Behinderungen oder psychischen Erkrankungen werden bei Maßnahmen für Inklusion und Barrierefreiheit oft nicht berücksichtigt. Dem müssen wir aktiv entgegenwirken.

## Unterstützer\*innen

Marc Kersten (KV Köln); Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Luise Zühl; Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Jutta Piepenbring; Anke Niggemann; Malte Braun (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Christian Drews (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Heike Kueper; Mario Schiffer (KV Köln); Joana Schulz-Andres (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Daniel Bauer-Dahm (KV Köln); Herbert Clasen; Bärbel Hölzing; Jonas Kempe (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Stefan Wolters; Nadine Milde (KV Köln)

## Beschluss Veraltete Einschränkungen des öffentlichen Lebens abschaffen

Gremium: Grüne Jugend Köln  
Beschlussdatum: 10.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Die christlichen Kirchen sind für uns ein wichtiger Bündnispartner im Kampf für Menschenrechte, die Seenotrettung, den Kampf gegen die Klimakrise oder für eine gerechtere Welt. Das Land und die Kommunen pflegen viele Kooperationen mit ihnen – etwa im Bereich Bildung oder Gesundheitsversorgung. Diese gewachsene Beziehung wollen wir erhalten und wo nötig weiterentwickeln, denn der Staat muss selbst grundsätzlich weltanschaulich neutral handeln. So plädieren wir für eine Novelle des Feiertagsgesetzes, die an „stillen“ Feiertagen das bestehende, generelle Verbot von Kultur- und Tanzveranstaltungen begrenzt. Außerdem wollen wir, dass Angehörigen religiöser Minderheiten ein individueller Feiertag ermöglicht wird – sowohl in der Schule wie auch im Arbeitsleben. Wir unterstützen das Anliegen, die Kirchenaustrittsgebühr abzuschaffen und im Dialog mit den Kirchen dem Auftrag des Grundgesetzes endlich nachzukommen und die altrechtlichen Staatsleistungen abzulösen.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:  
DEMOKRATIE IN DER  
OFFENEN GESELLSCHAFT -  
Wir begreifen Vielfalt als  
Stärke – Verhältnis von Staat  
und Kirche weiterentwickeln  
Zeilennummer:  
400

## ...soll ersetzt werden durch...

- 1 Die christlichen Kirchen sind für uns ein wichtiger Bündnispartner im Kampf für
- 2 Menschenrechte,
- 3 die Seenotrettung, den Kampf gegen die Klimakrise oder für eine gerechtere Welt.
- 4 Das Land und
- 5 die Kommunen pflegen viele Kooperationen mit ihnen – etwa im Bereich Bildung
- 6 oder
- 7 Gesundheitsversorgung. Diese gewachsene Beziehung wollen wir erhalten und wo
- 8 nötig
- 9 weiterentwickeln, denn der Staat muss selbst grundsätzlich weltanschaulich
- 10 neutral handeln. So
- 11 plädieren wir für eine Novelle des Feiertagsgesetzes, die an „stillen“
- 12 Feiertagen das bestehende,
- 13 generelle Verbot von Kultur- und Tanzveranstaltungen abschafft. Außerdem wollen
- 14 wir, dass
- 15 Angehörigen religiöser Minderheiten ein individueller Feiertag ermöglicht wird –
- 16 sowohl in der
- 17 Schule wie auch im Arbeitsleben. Wir unterstützen das Anliegen, die
- 18 Kirchenaustrittsgebühr
- 19 abzuschaffen und im Dialog mit den Kirchen dem Auftrag des Grundgesetzes endlich
- 20 nachzukommen und die altrechtlichen Staatsleistungen abzulösen.

## Begründung

Bei dem nach wie vor bestehenden Verbot von Kultur- und Tanzveranstaltungen, handelt es sich um einen unverhältnismäßigen Eingriff einer Religionsgemeinschaft in das Leben der Allgemeinheit. Die Trennung von Staat und Kirche kann bei einem Bestehenbleiben dieser Ordnung nicht vorangebracht werden.

## Unterstützer\*innen

Roman Schulte (KV Köln); Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Anke Niggemann; Anne Roth (KV Köln); Malte Braun (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Christian Drews (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Martin Esch (KV Köln); Lars Wahlen (KV Köln); Dominik Schmalen (KV Köln); Timo Runde; Jutta Piepenbring; Herbert Clasen; Evelyn Rose-Thalheim; Bärbel Hölzing; Floris Rudolph (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Stefan Wolters; Maximilian Krupp (KV Köln); Jörg Frank (KV Köln)

## Beschluss Trans\* Frauen in Frauenhilfestrukturen schützen

Gremium: Grüne Jugend Köln  
Beschlussdatum: 10.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Jede Frau, die von Gewalt betroffen oder bedroht ist, muss in NRW Unterstützung und Schutz finden. Das ist unser Anspruch. Dafür stärken wir das bestehende System der Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Notrufe und Interventionsstellen. Die Frauenhilfestruktur werden wir durch langfristige Finanzierungszusagen unterstützen. Gleichzeitig entwickeln wir das Schutz- und Unterstützungssystem mit allen Beteiligten weiter. So wird das Angebot barrierefreier und richtet sich künftig stärker auch an Kinder, die Opfer von häuslicher Gewalt sind und gezielte Hilfs- und Unterstützungsangebote brauchen. Auch für genderqueere Personen wollen wir eine passgenaue Unterstützung schaffen, die unter anderem durch separate Rückzugsräume und speziell geschultes Personal gewährleistet wird.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:  
DEMOKRATIE IN DER  
OFFENEN GESELLSCHAFT -  
Wir sichern den Schutz vor  
Gewalt - Gewalt gegen  
Frauen und genderqueere  
Personen entschieden  
bekämpfen  
Zeilennummer:  
666

### ...soll ersetzt werden durch...

- 1 Jede Frau, die von Gewalt betroffen oder bedroht ist, muss in NRW Unterstützung
- 2 und Schutz finden. Das ist unser Anspruch. Dafür stärken wir das bestehende
- 3 System der Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Notrufe und
- 4 Interventionsstellen. Die Frauenhilfestruktur werden wir durch langfristige
- 5 Finanzierungszusagen unterstützen. Gleichzeitig entwickeln wir das Schutz- und
- 6 Unterstützungssystem mit allen Beteiligten weiter. So wird das Angebot
- 7 barrierefreier und richtet sich künftig stärker auch an Kinder, die Opfer von
- 8 häuslicher Gewalt sind und gezielte Hilfs- und Unterstützungsangebote brauchen.
- 9 Auch für genderqueere Personen wollen wir eine passgenaue Unterstützung
- 10 schaffen, die unter anderem durch separate Rückzugsräume und speziell geschultes
- 11 Personal gewährleistet wird. Für trans\* Frauen muss der Zugang zu
- 12 Frauenhilfestrukturen sowie ihr Schutz in diesen gewährleistet werden.

### Begründung

Trans\* Frauen erfahren oft verschiedenste Formen von Diskriminierung in Frauenhilfestrukturen. Dagegen müssen wir entsprechende Maßnahmen ergreifen, sodass sie entsprechend ihrer Geschlechtsidentität sicher Hilfsangebote in Anspruch nehmen können.

### Unterstützer\*innen

Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Elias Binger (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Anke Niggemann; Svenja May (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Marc Kersten (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Martin Esch (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Jutta Piepenbring; Herbert Clasen; Bärbel Hölzing; Esther Kings (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Stefan Wolters; Katja Poredda (KV Köln)

## **Beschluss** Einfügen eines Kapitel "Gutes Leben für Senior\*innen"

Gremium: Die GRÜNEN Alten Köln  
Beschlussdatum: 05.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### **bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)**

Einfügen eines neuen Kapitels nach dem Absatz "Wir investieren in Gesundheit und Pflege"

Wahlprogrammewurf: Kapitel:  
WP-4: Solidarität sichern  
Zeilennummer:  
361

## ...soll ersetzt werden durch...

1 Statt eines eigenen Kapitels für Senior\*innen sollen die einzelnen – sehr guten  
2 – Forderungen an den jeweils passenden Stellen im Wahlprogramm wie folgt  
3 eingefügt werden. Neu eingefügte Stellen sind unterstrichen.

4  
5 Kapitel Innovativ Wirtschaften Zeilen 524 ff.

6  
7 Digitalisierung vor Ort fördern

8 Digitalisierung passiert direkt vor der Haustür, ob nun in der Straße eine  
9 Glasfaserleitung verlegt wird oder die Kommune einen neuen digitalen Service  
10 anbietet. Wir beraten und fördern die Kommunen, damit sie die Digitalisierung  
11 vor Ort besser gestalten können. Dazu gehören die Förderung für eine digitale  
12 Infrastruktur, eine digitale Verwaltung und eine „Green-IT“-Strategie. Dafür  
13 schaffen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen auf Landesebene. Damit alle  
14 Generationen auf die verbesserte Infrastruktur zurückgreifen können, werden wir  
15 speziell für ältere Menschen digitale Angebote verstärken und Bildungsangebote  
16 für digitale Medien ausbauen.

17  
18 Damit Kommunen intelligent und klimaneutral werden, bringen wir die Konzepte von  
19 „Smart City“ und „Zero Emission City“ zusammen und fördern eine schnelle und  
20 breite Umsetzung. Um Klima und Menschen zu entlasten, fördern wir mobiles  
21 Arbeiten. Wir helfen Kommunen „Co-Working-Spaces“ und Standorte für mobiles  
22 Arbeiten aufzubauen und damit unter anderem jungen Gründer\*innen flexible  
23 Arbeitsumgebungen anbieten zu können. Wir sorgen dafür, dass Homeoffice im  
24 öffentlichen Dienst möglich wird, wo immer es geht. Dazu gehören passende  
25 Ausstattungen und IT-Strukturen, der rechtliche Rahmen und andere Anpassungen  
26 der Verwaltung an die veränderte Arbeitswelt. Wir schaffen neue Räume für  
27 Gründer\*innen, die sich durch den Strukturwandel in den Kommunen ergeben. Um  
28 Gründungen im Bereich der digitalen Wirtschaft besser zu fördern, schaffen wir  
29 die richtigen Beratungsstrukturen, bauen die Gründungsförderung an Hochschulen  
30 aus und stärken die Startup-Kultur insbesondere im ländlichen Raum.

31  
32 Innovativ Wirtschaften Zeilen 544 ff.

33  
34 Digitale Ämter – leicht zugänglich

35 Schulanmeldung, Bauantrag, Personalausweis: Wir wollen, dass alle Behördengänge  
36 in Zukunft auch digital möglich sind. Die digitalen Dienste und Informationen  
37 der öffentlichen Hand machen wir einfach nutzbar und gestalten sie barrierefrei.  
38 Je wichtiger das Internet für den Alltag wird, desto wichtiger wird es auch,  
39 dass alle einen Zugang dazu haben und dazu in der Lage sind mit der Technik  
40 umzugehen. Alle Bevölkerungsgruppen sollen digitale Dienste nutzen und davon  
41 profitieren können, barrierearm, leicht verständlich und in verschiedenen  
42 Sprachen. Wir sorgen dafür, dass von der Kindertagesstätte bis zur Berufsschule  
43 Grundkenntnisse der Informatik sowie Digital-, Medien- und Quellenkompetenz  
44 besser vermittelt werden und dazu die Aus- und Weiterbildung auch des  
45 Lehrpersonals weiterentwickelt wird. Mit einem Projekt „Digital mobil im Alter“  
46 fördern wir die Nutzung digitaler Kommunikations- und Informationstechnologien  
47 für ältere Menschen und den Aufbau von Initiativen zur Stärkung der digitalen  
48 Teilhabe im Alter. Wichtig ist aber auch vor allem für Senior\*innen: Der  
49 persönliche Kontakt in Ämtern muss weiterhin möglich bleiben.

50

51 Im Kapitel Solidarität sichern Zeilen 36 ff.

52

53 Armut spürbar reduzieren

54 Kein Geld für die Waschmaschinenreparatur, entscheiden müssen, ob man lieber  
55 frisches Gemüse kauft oder sich die Busfahrt leistet – all das verursacht Stress  
56 und macht krank. Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht restlos  
57 beseitigen – für eine gerechte Steuerpolitik und eine Überwindung des Hartz-IV-  
58 Systems ist der Bund zuständig. Aber gemeinsam mit den Akteuren aus der  
59 Wohlfahrtspflege, den Gewerkschaften und Verbänden, der Wirtschaft, den Kommunen  
60 und den Betroffenen wollen wir Armut spürbar reduzieren. Dabei übernehmen wir  
61 Verantwortung: Wir sorgen für gute Kinderbetreuung, damit Eltern arbeiten  
62 können. Wir unterstützen ehemals Langzeitarbeitslose dabei, wieder dauerhaft in  
63 der Arbeitswelt Fuß zu fassen und wir ermöglichen den kostenlosen Zugang zur  
64 Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung für alle diejenigen, die Rat suchen.  
65 Wir unterstützen auch ältere Menschen und Senior\*innen, wieder in Arbeit zu  
66 kommen. Gleichzeitig erwarten wir auf Bundesebene eine Rentenpolitik, in der  
67 niemand seine Rente aufbessern muss. Vor allem stärken wir den sozialen  
68 Wohnungsbau und schaffen bezahlbaren Wohnraum. Viele Menschen sind arm, obwohl  
69 sie arbeiten. Deshalb brauchen wir faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

70

71

72 Im Kapitel Solidarität sichern Zeilen 132ff:

73

74 Nachbarschaften für alle Generationen

75 Wir unterstützen Kommunen dabei, ihre Stadtteile so umzugestalten, dass sich  
76 alle Generationen darin wohl fühlen und hier selbstbestimmt leben können. Grüne  
77 Oasen, gute Versorgungsstrukturen und die Möglichkeit, andere Menschen zu  
78 treffen, schaffen Lebensqualität. Ältere Menschen und Menschen mit  
79 Beeinträchtigungen finden Versorgungssicherheit sowie jeweils die Unterstützung  
80 und Beratung, die zu ihrer jeweiligen Situation passt. Beratungsangebote müssen  
81 digital und analog angeboten werden. Kinder können sicher spielen, Jugendliche  
82 erhalten Gestaltungsräume, Parks sind mit ausreichend Sitzgelegenheiten und  
83 öffentlichen Toiletten ausgestattet. Plätze und Grünflächen bieten Raum für  
84 Begegnung und Erholung. Barrierefreie Wohnungen, Inklusive Wohnprojekte,  
85 Mehrgenerationenwohnen und ambulante Pflegekonzepte – auch für ehemals  
86 wohnungslose Personen – werden ausgebaut. Die Nachbarschaft für alle  
87 Generationen ist fußgängerfreundlich und barrierearm. Damit die Kommunen diese  
88 und weitere Ideen umsetzen können, schaffen wir ein einheitliches Förderprogramm  
89 "Quartier inklusiv", das die verschiedenen Bereiche umfasst. Kommunen, die dem  
90 WHO-Netzwerk „Age-friendly cities and communities“ (altersgerechte Stadt und  
91 altersgerechte Gemeinde) beitreten wollen, werden dabei unterstützt. Dadurch  
92 werden Senior\*innen im Quartier integriert, was Einsamkeit lindert und auch  
93 gesundheitlichen Problemen vorbeugt. Dieses Konzept muss sowohl in Großstädten,  
94 als auch im ländlichen Raum Anwendung finden. Wir fördern den Einsatz von  
95 technischen und digitalen Hilfsmitteln zum Ausgleich von Beeinträchtigungen und  
96 setzen Lots\*innen ein, die ältere Menschen befähigen, digitale Kommunikations-  
97 und Informationstechnologien zu nutzen.

98

99

100 Im Kapitel Solidarität sichern Zeilen 220 ff.

101  
102 Die Arbeit der Zukunft passt zur Lebenssituation Beruf und Lebenssituation müssen  
103 zusammenpassen. Wir helfen Unternehmen, familien- und pflegefreundlich zu  
104 werden. Betriebskindergärten werden ausgebaut und das Recht auf Homeoffice  
105 unterstützt. In dezentralen „Co-Working Spaces“ können die Mitarbeiter\*innen  
106 einen wohnortnahen Arbeitsplatz außerhalb ihrer eigenen Wohnung einrichten und  
107 lange Anfahrtszeiten zum Unternehmen einsparen. Wir unterstützen die Einführung  
108 von Lebensarbeitszeitkonten und gehen selbst voran, indem wir sie für  
109 Landesbeschäftigte und -beamte umsetzen. Damit kann die Arbeitszeit in allen  
110 Lebensphasen angepasst werden, so dass Mitarbeiter\*innen zum Beispiel mehr Zeit  
111 haben, um ihre Angehörigen zu pflegen. Ausbildung und Studium in Teilzeit  
112 erleichtern wir. Viele fitte Senior\*innen wollen weiterhin arbeiten, um sich  
113 sinnvoll zu betätigen. Dies wollen wir ermöglichen und fördern.

114  
115  
116 Im Kapitel Solidarität sichern Zeilen 331 ff.

117  
118 Gute und bezahlbare Pflege mit besseren Arbeitsbedingungen  
119 Gute Pflege gelingt nur mit gutem und ausreichend vorhandenem Personal. Eine  
120 angemessene Bezahlung spiegelt den gesellschaftlichen Wert von Pflegearbeit  
121 wider. Deshalb benötigen wir wissenschaftlich fundierte, verbindliche  
122 Personalbemessungsinstrumente in der stationären Pflege. In NRW verbessern wir  
123 die Pflegeausbildung auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die Auszubildenden  
124 unterrichten. Zurzeit bauen engagierte Fachkräfte die Pflegekammer auf. Wir  
125 werden den Dialog zwischen Pflegekammer, Gewerkschaften, Verbänden und anderen  
126 Berufskammern unterstützen.

127  
128 Pflege im Alter  
129 Selbstbestimmt leben und dennoch gut versorgt sein – das wünschen sich viele  
130 Menschen im Alter. Der Bedarf geht von einfacher Freizeitbegleitung über die  
131 häusliche Pflege bis hin zur stationären Pflege. Alle diese Aspekte sind wichtig  
132 und müssen entsprechend finanziert sein. Eine gute häusliche Pflege ermöglicht  
133 es Senior\*innen länger in ihrem gewohnten Umfeld leben zu bleiben und Kontakte  
134 in der Nachbarschaft zu halten. In der häuslichen Pflege sind oft die  
135 Angehörigen, meist die Frauen, gefordert. Das ist oft körperlich und psychisch  
136 belastend. Um hier gegenzusteuern, brauchen wir mehr wohnortnahe ambulante  
137 Pflegeangebote. Zur Prävention sollen Senior\*innen außerdem Angebote in den  
138 Quartieren vorfinden, zum Beispiel von „Fit für 100“. Bisher orientiert sich das  
139 Angebot an Pflegeplätzen stark am Interesse von Investoren. Deren Großheime  
140 sollen Rendite bringen. Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Städte und  
141 Kreise ihre Pflegeinfrastruktur mit der „verbindlichen Pflegebedarfsplanung“ im  
142 Interesse der Bevölkerung gestalten. Von der Bundesebene erwarten wir eine  
143 „doppelte Pflegegarantie“: Der Eigenanteil der Pflegekosten wird gedeckelt und  
144 dadurch planbar. Alle darüber hinaus entstehenden Pflegekosten für eine  
145 bedarfsgerechte Versorgung übernimmt die Pflegeversicherung.

## Begründung

Warum wollen wir ein eigenes Kapitel?

Zum Einem möchten wir damit die Senior\*innen motivieren, ihre Stimmen für uns anzukreuzen.

Um Anderen muss daher eine zielorientierte Ansprache geben.

Zum Dritten müssen im Programm Aussagen enthalten sein, die auf die Sorgen und Interesse der Alten eine Motivation zu erzeugen, dass sie uns wählen.

Das ist aber in den Programmen von 2017 und dem Entwurf für 2021 nicht der Fall. Daher haben wir für 2022 als GRÜNE Alte einen Entwurf erstellt, der diese Punkte auf den Punkt bringt.

Zum Vierten haben wir beide Texte in Hinsicht auf Aussagen durchgesehen - mit der Suchfunktion. Dort kann man feststellen, dass eine Erwähnung bei den beiden Texten sehr verstreut sind und dass sie kaum für Senior\*innen auffindbar sind. Und sie sind nicht spezifisch aus der Perspektive der Alten zugeschnitten sind. Es ist daher kein Wunder, dass es kein entsprechendes Kapitel für die Alten gibt. Und der kurze Text zu den Alten geht auf unsere Interessen nicht ein. Und im neuen Entwurf gibt es im Inhaltsverzeichnis gar nichts, was die den Senior\*innen ansprechen kann. Und - wie gesagt - auch ohnehin bei beiden Texten nichts Substanzielles es für die Alten gibt - sieht man ein al von den guten Hinweisen zu dem Bereich des Digitalen gibt, auf den wir in unserem Text uns haben stützen können.

## Unterstützer\*innen

Tanja Deiters (KV Köln); Christiane Klingenburg; Wiebke Mandt; Leon Schlömer; Friederike Scholz; Jutta Piepenbring; Herbert Clasen; Bärbel Hölzing; Phi Burghardt (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Annette Kolschewski (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Kornelia von Pidoll (KV Köln); Jochen Schremmer (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Inge Fuhrmann (KV Köln); Anke Niggemann; Alexander Volk (KV Köln); Kathrin Cremer; Brigitta von Bülow (KV Köln); Sascha Heußén (KV Köln); Friedrich Steinforth (KV Köln); Malte Braun (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Teresa Vegas Condines (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Ralf Klemm (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Lothar Segeler (KV Köln); Heike Kueper; Marc Kersten (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Martin Esch (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Daniel Bauer-Dahm (KV Köln); Thomas Grothkopp (KV Köln); Evelyn Rose-Thalheim; Jonas Kempe (KV Köln); Æther Flachmann (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln); Nadine Milde (KV Köln)

## Beschluss Einheitliches Gendern

Gremium: Grüne Jugend Köln  
Beschlussdatum: 10.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammewurf: Kapitel:  
Alle  
Zeilennummer:  
0

Uneinheitliche Gendervarianten

### ...soll ersetzt werden durch...

- 1 Einheitliches und inklusives gendern im gesamten Dokument, an allen Stellen an
- 2 denen gendert wird. Entweder durch geschlechtsneutrale Bezeichnungen (zB
- 3 "Studierende") oder, wo das nicht möglich bzw. sinnvoll ist, durch mit Asterisk
- 4 genderte Varianten (zB "Politiker\*innen"). Die Beidnennung, also das Aufzählen
- 5 der männlichen und weiblichen Form bezieht z.B. nichtbinäre Menschen nicht mit
- 6 ein und reicht deshalb zu keinem Zeitpunkt aus.

### Begründung

Für eine bessere Verständlichkeit des ganzen Wahlprogrammes und bestmögliche Inklusion aller angesprochenen, bedarf es unter anderem einer einheitlichen Form.

### Unterstützer\*innen

Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Luise Zühl; Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Jutta Piepenbring; Anke Niggemann; Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Katja Trompeter (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Heike Kueper; Lars Wahlen (KV Köln); Joana Schulz-Andres (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Daniel Bauer-Dahm (KV Köln); Timo Runde; Herbert Clasen; Esther Kings (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Nadine Löppenbergl (KV Köln); Stefan Wolters; Katja Poredda (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln)

## Beschluss Klimaticket für Deutschland

Gremium: Grüne Jugend Köln  
Beschlussdatum: 10.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

... Das Jobticket machen  
wir schrittweise zur Pflicht für öffentliche Arbeitgeber\*innen.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:  
WP-1: LEBENSGRUNDLAGEN  
ERHALTEN  
Zeilennummer:  
362

### ...soll ersetzt werden durch...

- 1 ... Das Jobticket machen
- 2 wir schrittweise zur Pflicht für öffentliche Arbeitgeber\*innen. Auf Bundesebene
- 3 setzen wir uns für ein kostengünstiges Klimaticket ein, das den gesamten
- 4 öffentlichen Nah- und Fernverkehr beinhaltet.

### Begründung

Die Österreichische Bundesregierung unter Grüner Beteiligung hat jüngst ein kostengünstiges KlimaTicket für den landesweiten Nah- und Fernverkehr eingeführt. NRW sollte sich über den Bundesrat für ein vergleichbares bundesweites Angebot einsetzen.

### Unterstützer\*innen

Roman Schulte (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Heike Küper (KV Köln); Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Phi Burghardt (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Sabine Schur (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Anke Niggemann; Sascha Heußen (KV Köln); Malte Braun (KV Köln); Elisabeth Huther (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Christian Drews (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Michael Schütte (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Heike Kueper; Marc Kersten (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Monika Golombek; Dominik Schmalen (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Miriam Lauwers (KV Köln); Timo Runde; Katja Leverkus (KV Köln); Herbert Clasen; Evelyn Rose-Thalheim; Bärbel Hölzing; Æther Flachmann (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Bettina von Reden (KV Köln); Katja Poredda (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln)

## Beschluss GUTER ÖPNV MUSS KOSTENGÜNSTIG FÜR ALLE SEIN!

Gremium: Grüne Jugend Köln  
Beschlussdatum: 10.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammewurf: Kapitel:  
WP-1: LEBENSGRUNDLAGEN  
ERHALTEN  
Zeilennummer:  
354

Wir beenden das Tarifchaos und führen in den nächsten zehn Jahren schrittweise ein solidarisch finanziertes Bürger\*innenticket für ganz NRW ein. Den Anfang macht das kostenlose Ticket für Schüler\*innen und junge Menschen bis 18 Jahre. Wir senken den Preis für das landesweite Azubiticket und bauen soziale Angebote aus. Städte und Kreise, die schneller vorangehen wollen, unterstützen wir aktiv in ihren Modellprojekten. Auch bei der Preisentwicklung des Semestertickets wollen wir sicherstellen, dass es für Studierende gut bezahlbar wird. Das Jobticket machen wir schrittweise zur Pflicht für öffentliche Arbeitgeber\*innen.

### ...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir beenden das Tarifchaos und führen in den nächsten zehn Jahren schrittweise
- 2 ein solidarisch finanziertes Bürger\*innenticket für ganz NRW ein. Den Anfang
- 3 machen kostenlose Tickets für jene, die sich ÖPNV am wenigsten leisten können
- 4 weil sie kein oder nur geringes Einkommen haben, u.a. Sozialleistungsbeziehende,
- 5 Schüler\*innen, Azubis und Studierende sowie Menschen mit Renten unter
- 6 Grundsicherungsniveau. Dies ergänzen wir mit einem 365-Euro-Ticket für alle.
- 7 Städte und Kreise, die schneller vorangehen wollen, unterstützen wir aktiv in
- 8 ihren Modellprojekten. Auch bei der Preisentwicklung des Semestertickets wollen
- 9 wir sicherstellen, dass es für ältere Studierende gut bezahlbar ist. Das
- 10 Jobticket machen wir schrittweise zur Pflicht für öffentliche Arbeitgeber\*innen,
- 11 außerdem wird jedem Unternehmen unabhängig von der Anzahl Abnahmen ermöglicht,
- 12 am JobTicket
- 13 teilzunehmen.

### Begründung

Dass es perspektivisch ein von Allen solidarisch finanziertes Ticket gibt, ist wichtig. Wenn wir unsere Klimaziele einhalten wollen, müssen wir möglichst starke Anreize für einen Umstieg auf Bus & Bahn setzen. Dazu gehören kostenlose Tickets für junge Menschen und für Senior\*innen. Außerdem brauchen wir ein einfaches 365-Euro-Ticket. Eine Teilnahme am JobTicket scheidet bei kleinen Unternehmen oft am Aufwand, es über einen Dachverband zu beziehen. Das muss vereinfacht werden.

### Unterstützer\*innen

Tanja Deiters (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Phi Burghardt (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln);

Bert Lahmann (KV Köln); Jutta Piepenbring; Anke Niggemann; Sascha Heußen (KV Köln); Malte Braun (KV Köln); Fabian Staben; Elisabeth Huther (KV Köln); Markus Politz; Christian Drews (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Lothar Segeler (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Heike Kueper; Wolfgang Kleinjans (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Birgit Sell (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Timo Runde; Katja Leverkus (KV Köln); Marc Becker (KV Köln); Herbert Clasen; Evelyn Rose-Thalheim; Esther Kings (KV Köln); Æther Flachmann (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Maximilian Krupp (KV Köln); Katja Poredda (KV Köln)

## Beschluss MEHR FLÄCHE FÜR WINDENERGIE

Gremium: Grüne Jugend Köln  
Beschlussdatum: 10.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Damit das gelingt, müssen etwa zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie gesichert werden.

Wahlprogrammwurf: Kapitel:  
WP-1: LEBENSGRUNDLAGEN  
ERHALTEN  
Zeilennummer:  
224

### ...soll ersetzt werden durch...

- 1 Damit das gelingt, müssen mindestens zwei Prozent der Landesfläche für die
- 2 Windenergie gesichert werden.

### Begründung

Nicht nur für die Deckung des jetzigen Strombedarfs brauchen wir viel mehr Erneuerbare, gerade auch im Hinblick auf grünen Wasserstoff und E-Mobilität wird der Strombedarf weiter steigen. Deshalb brauchen wir eine klare Bekenntnis zum echten 2%-Ziel bei der Windenergie.

### Unterstützer\*innen

Achim Stump (KV Köln); Luise Zühl; Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Anke Niggemann; Sascha Heuß (KV Köln); Malte Braun (KV Köln); Elisabeth Huther (KV Köln); Markus Politz; Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Christian Drews (KV Köln); Christian Becher (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Heike Kueper; Susanne Böller (KV Köln); Lars Wahlen (KV Köln); Dominik Schmalen (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Miriam Lauwers (KV Köln); Herbert Clasen; Æther Flachmann (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Katja Poreda (KV Köln)

## Beschluss Zugang zu Fördergeldern für Effizienzmaßnahmen

Gremium: AK Wirtschaft Köln  
Beschlussdatum: 12.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammwurf: Kapitel:  
Innovativ wirtschaften  
Zeilennummer:  
58

Langfristige Planungs- und Investitionssicherheit sind der Kern Grüner Industriepolitik. Die Instrumente dafür, allen voran Klimaverträge, müssen vor allem auf Bundesebene geschaffen werden. Wir werden aber mit einem Investitionspaket für die Industrie zusätzliche Impulse auf Landesebene geben.

### ...soll ersetzt werden durch...

- 1 Langfristige Planungs- und Investitionssicherheit sind der Kern Grüner
- 2 Industriepolitik. Die Instrumente dafür, allen voran Klimaverträge, müssen vor
- 3 allem auf Bundesebene geschaffen werden. Wir werden aber mit einem
- 4 Investitionspaket für die Industrie zusätzliche Impulse auf Landesebene geben.
- 5 Zudem werden wir den Zugang zu Fördergeldern für Energieeffizienzmaßnahmen in
- 6 Unternehmen transparenter, unbürokratischer und damit einfacher gestalten, denn
- 7 die klimafreundlichste Kilowattstunde ist die, die gar nicht gebraucht wird.

### Begründung

Das Wahlprogramm enthält viele Sätze, dass die Wirtschaft in NRW klimaneutral werden soll und dass GRÜNE wir das möglich machen. Auf die großen CO<sub>2</sub>-Emittenten, wie Stahlindustrie und Chemieindustrie wird eingegangen. Kleine und mittelständige Unternehmen, bei denen es auch große Einsparpotenziale gibt, werden dagegen nicht explizit genannt. Das Wort Energieeffizienz taucht nur zwei Mal im Programm auf, einmal im einführenden Teil, einmal im Kapitel zum Bauen. Das ist zu wenig. Hier müssen wir den klein- und mittelständigen Unternehmen deutlich mehr Anreize bieten Potenziale zu nutzen. Es gibt zwar aktuell verschiedenste Fördergelder für Energieeinsparmaßnahmen in den Unternehmen, aber gerade den kleineren Unternehmen fehlen Zeit und Ressourcen die gesamte Förderlandschaft zu überblicken. Aufwand und Nutzen stehen in keinem Verhältnis. Daher müssen wir uns dafür einsetzen, dass die Unternehmen in NRW einen unbürokratischen, einfachen Zugang zur Fördergeldbeantragung bekommen.

### Unterstützer\*innen

Marc Kersten (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Elias Binger (KV Köln); Katharina Philippsen-Schmidt; Svenja May (KV Köln); Bertold Reining; Thomas Ketelaer (KV Köln); Ralf Klemm (KV Köln); Michael Schütte (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Lisa Seufert (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Georg Sieglen (KV Köln); Bärbel Hölzing; Uwe Hartwig (KV Köln); Hans Schwanitz; Gudrun Steinmeyer-Bartella (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln); Nadine Löppenberg (KV Köln); Hanna-

Christine Imorde (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Martin Gonzalez Granda (KV Köln); Jörg Frank (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln)

## Beschluss Solarenergie auf neuen und renovierten Dächern; Dachbegrünung

Gremium: AK Wirtschaft Köln  
Beschlussdatum: 12.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Um Ressourcen zu schonen und den sog. „grauen Energieverbrauch“, (der bei der Herstellung von Baumaterialien wie z.B. Zement entsteht) zu senken, fördern wir den modernen Holzbau - auch für öffentliche Gebäude - und machen Solarenergie zum Standard auf jedem neuen Dach.

Wahlprogrammwurf: Kapitel:  
Innovativ wirtschaften - Wir  
bauen zukunftsfähig - Besser  
bauen  
Zeilennummer:  
568

### ...soll ersetzt werden durch...

- 1 Um Ressourcen zu schonen und den sog.
- 2 „grauen Energieverbrauch“, (der bei der Herstellung von Baumaterialien wie z.B.
- 3 Zement entsteht) zu senken, fördern wir den modernen Holzbau - auch für
- 4 öffentliche Gebäude - und machen Solarenergie zum Standard auf jedem neu
- 5 errichteten oder renovierten Dach. Dort wo Solarenergie nicht zum Einsatz kommen
- 6 kann sollte die Begrünung von Dächern als Alternative genutzt werden.

### Begründung

Bereits bestehende Dächer bieten ein enormes Potential zum Ausbau von Solarenergie. Dieses Potential sollte gehoben werden indem bei einer Renovierung eines Daches geprüft wird ob es geeignet ist und wenn ja, mit Photovoltaik ausgestattet wird. Nicht geeignete Dächer (z.B. wegen Verschattung) noch begrünt werden um ihnen so trotzdem einen ökologischen (und auch ökonomischen durch die bessere Dämmung!) zu geben.

### Unterstützer\*innen

Marc Kersten (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Leon Schlömer; Friederike Scholz; Luise Zühl; Elias Binger (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Elisabeth Huther (KV Köln); Bertold Reining; Christian Drews (KV Köln); Christian Becher (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Teresa Vegas Condines (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Lothar Segeler (KV Köln); Heike Kueper; Susanne Böller (KV Köln); Dominik Schmalen (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Katja Leverkus (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Bärbel Hölzing; Anne Roth (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln); Uwe Hartwig (KV Köln); Gudrun Steinmeyer-Bartella (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln); Nadine Löppenber (KV Köln); Hanna-Christine Imorde (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Carlotta Rainoldi (KV Köln); Martin Gonzalez Granda (KV Köln); Maximilian Krupp (KV Köln); Jörg Frank (KV Köln); Katja Poredda (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln); Evelyn Rose-Thalheim

## Beschluss Masterplan Grüner Wasserstoff

Gremium: Ak Wirtschaft Köln  
Beschlussdatum: 12.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Das ist neben der Industrie, insbesondere der Chemie- und der Zementindustrie, vor allem der Flug- und der Schiffsverkehr.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:  
Innovativ Wirtschaften -  
Grüner Wasserstoff  
Zeilennummer:  
97

### ...soll ersetzt werden durch...

- 1 Das ist neben der Industrie, insbesondere der Chemie-, der Stahl- und der
- 2 Zementindustrie, vor allem der Flug- und der Schiffsverkehr. Wir setzen uns
- 3 dafür ein, NRW zu einem führenden Technologiestandort für grünen Wasserstoff zu
- 4 machen. Hierzu bedarf es eines Masterplans „Grüner Wasserstoff für NRW“, der
- 5 Beseitigung regulatorischer Hürden sowie einer Unterstützung bei der
- 6 Finanzierung der erforderlichen Investitionen.

### Begründung

Der vorliegende Änderungsantrag zielt darauf, den von der Wirtschaft bereits angestoßenen Transformationsprozess zu grünem Wasserstoff aktiv zu unterstützen und zu forcieren. Es soll ein Leuchtturmprojekt aufgesetzt werden, welches in der Öffentlichkeit, in den Medien und in der Wirtschaft als konkrete industriepolitische Initiative für NRW wahrgenommen wird. Für einen erfolgreichen Wahlkampf ist es unabdingbar, den Weg von einer reinen Programmatik hin zu konkreten (wirtschafts-) politischen Maßnahmen aufzuzeigen. Das gilt insbesondere für unsere Zielsetzung, NRW klimaneutral werden zu lassen.

### Unterstützer\*innen

Achim Stump (KV Köln); Heike Küper (KV Köln); Leon Schlömer; Christian Becher (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Lisa-Marie Friede (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Lothar Segeler (KV Köln); Marc Kersten (KV Köln); Birgit Sell (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Dominik Schmalen (KV Köln); Katja Leverkus (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Bärbel Hölzing; Bertold Reining; Uwe Hartwig (KV Köln); Gudrun Steinmeyer-Bartella (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln); Nadine Löppenber (KV Köln); Hanna-Christine Imorde (KV Köln); Carlotta Rainoldi (KV Köln); Martin Gonzalez Granda (KV Köln); Maximilian Krupp (KV Köln); Katja Poreda (KV Köln); Jörg Frank (KV Köln)

## Beschluss Grüner Zukunftspakt und ökologisch-soziale Transformation

Gremium: AK Wirtschaft  
Beschlussdatum: 12.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wir werden mit einem Grünen Zukunftspakt NRW nachhaltige Investitionen stärken, die Konjunkturimpulse mit der Bewältigung der Klimakrise verbinden.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:  
Solidarität sichern -  
Nachhaltiger  
Investitionspakt für NRW  
Zeilennummer:  
391

### ...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir werden mit einem Grünen Zukunftspakt NRW nachhaltige Investitionen stärken,
- 2 die Konjunkturimpulse mit der ökologisch-sozialen Transformation unseres Landes
- 3 verbinden.

### Begründung

An dieser Stelle findet sich eine der grundlegendsten Aussagen zu Grüner Wirtschaftspolitik. Den geplanten Zukunftspakt nur ökologisch auszurichten steht jedoch nicht in Grüner Tradition. Wir sind die Partei, die Umwelt und Soziales verbindet, die stets von der ökologisch-sozialen Transformation spricht. Diesen Zweiklang, der die beiden Hauptprioritäten (nicht nur) unserer Wähler\*innen verbindet, sollten wir beibehalten.

Link zum LDK-Antrag: <https://gruene-nrw.antragsgruen.de/ldk21-3/solidaritat-sichern-20954/51176>

### Unterstützer\*innen

Marc Kersten (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Leon Schlömer; Friederike Scholz; Luise Zühl; Elias Binger (KV Köln); Sabrina Allum (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Frank Jablonski (KV Köln); Bertold Reining; Peter Ruther (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Marvin Schuth (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Peter Schmitz; Thomas Ketelaer (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Lennart Girrbaach (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Katja Trompeter (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Lothar Segeler (KV Köln); Heike Kueper; Charlotte Kugler; Joana Schulz-Andres (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Miriam Lauwers (KV Köln); Dominik Schmalen (KV Köln); Evelyn Rose-Thalheim; Georg Sieglen (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln); Uwe Hartwig (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Hanna-Christine Imorde (KV Köln); Nadine Löppenberg (KV Köln); Markus Wagener; Nadine Milde (KV Köln); Martin Gonzalez Granda (KV Köln); Jörg Frank (KV Köln)

## Beschluss Jeder ertrunkene Mensch ist zu viel

Antragsteller\*in: Stefan Winkelmann

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammewurf: Kapitel:  
WP-5: DEMOKRATIE IN DER  
OFFENEN GESELLSCHAFT  
Zeilennummer:  
482

Wir wollen jenen Menschen Schutz bieten, die vor Gewalt und Krieg fliehen müssen. Aber noch immer verharren Geflüchtete dicht gedrängt in provisorischen Lagern auf den griechischen Inseln oder an den europäischen Außengrenzen. Noch immer ertrinken jedes Jahr viel zu viele Menschen auf der Flucht im Mittelmeer. Die europäische Flucht- und Asylpolitik muss menschlicher werden. Statt die Festung Europa weiter auszubauen und uns abzuschotten, müssen wir neue und verschiedene Zugänge schaffen und Zuwanderung erleichtern. Wir unterstützen das Engagement von zivilen Seenotretter\*innen. Sie springen dort ein und retten Menschenleben, wo die Institutionen der Europäischen Union versagen. Wir stehen an der Seite der zahlreichen Kommunen in NRW, die Geflüchteten in Not einen Sicheren Hafen bieten. Mit einem eigenen Landesaufnahmeprogramm wollen wir diese Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen in besonders prekären Notsituationen, wie etwa für aus Seenot Gerettete, unterstützen. So soll das Land in Zusammenarbeit mit den Kommunen die Möglichkeit erhalten, Menschen auf der Flucht bei uns Schutz zu bieten. Zudem wollen wir erreichen, dass sich NRW mit einem Sonderprogramm an der Aufnahme jesidischer Frauen aus dem Nordirak beteiligt.

### ...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir wollen jenen Menschen Schutz bieten, die vor Gewalt und Krieg fliehen
- 2 müssen. Aber noch immer verharren Geflüchtete dicht gedrängt in provisorischen
- 3 Lagern auf den griechischen Inseln oder an den europäischen Außengrenzen. Noch
- 4 immer ertrinken jedes Jahr Menschen auf der Flucht im Mittelmeer.
- 5 Die europäische Flucht- und Asylpolitik muss menschlicher werden. Statt die
- 6 Festung Europa weiter auszubauen und uns abzuschotten, müssen wir neue und
- 7 verschiedene Zugänge schaffen und Zuwanderung erleichtern. Wir unterstützen das
- 8 Engagement von zivilen Seenotretter\*innen. Sie springen dort ein und retten
- 9 Menschenleben, wo die Institutionen der Europäischen Union versagen. Wir stehen
- 10 an der Seite der zahlreichen Kommunen in NRW, die Geflüchteten in Not einen
- 11 Sicheren Hafen bieten. Mit einem eigenen Landesaufnahmeprogramm wollen wir diese
- 12 Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen in besonders prekären Notsituationen, wie
- 13 etwa für aus Seenot Gerettete, unterstützen. So soll das Land in Zusammenarbeit
- 14 mit den Kommunen die Möglichkeit erhalten, Menschen auf der Flucht bei uns
- 15 Schutz zu bieten. Zudem wollen wir erreichen, dass sich NRW mit einem
- 16 Sonderprogramm an der Aufnahme jesidischer Frauen aus dem Nordirak beteiligt.

### Begründung

Jeder Mensch, der im Mittelmeer ertrinken muss, ist zu viel. Der bisherige Text suggeriert, dass es eine akzeptable Anzahl geben könne.

## Unterstützer\*innen

Isabell Oho (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Leon Schlömer; Luise Zühl; Elias Binger (KV Köln); Friederike Scholz; Bert Lahmann (KV Köln); Jutta Piepenbring; Elisabeth Huther (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Christian Drews (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Christiane Klingenburg; Heike Kueper; Susanne Böller (KV Köln); Esther Kings (KV Köln); Floris Rudolph (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Bettina von Reden (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Timo Hilleke (KV Köln); Stephan Horn (KV Köln); Katja Poredda (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln)

## Beschluss Förderung gemeinwohlorientierter, interprofessioneller Gesundheitszentren

Gremium: AK Gesundheit  
Beschlussdatum: 04.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammwurf: Kapitel:  
WP-4: Solidarität sichern  
Zeilennummer:  
251

Unsere Ziele sind eine hohe Qualität, Verlässlichkeit und eine gute Erreichbarkeit der Gesundheitseinrichtungen für alle Patient\*innen. Gerade in ländlichen, unterversorgten Regionen sichern wir die medizinische Versorgung durch "Gesundheitsregionen" mit enger Anbindung an die Kommunen. Hier werden ambulante und stationäre Angebote gemeinsam geplant. Kooperation und gute Versorgung wollen wir belohnen. Die Kommunen können auch moderne Gesundheits- und Pflegezentren errichten.

### ...soll ersetzt werden durch...

1 Unsere Ziele sind eine hohe Qualität, Verlässlichkeit und eine gute  
2 Erreichbarkeit der Gesundheitseinrichtungen für alle Patient\*innen. Gerade in  
3 ländlichen, unterversorgten Regionen sichern wir die medizinische Versorgung  
4 durch "Gesundheitsregionen" mit enger Anbindung an die Kommunen. Hier werden  
5 ambulante und stationäre Angebote gemeinsam geplant. Kooperation und gute  
6 Versorgung wollen wir belohnen. Die Kommunen können auch moderne Gesundheits-  
7 und Pflegezentren errichten. Gemeinwohlorientierte, interprofessionelle  
8 Gesundheitszentren, in denen neue Formen der Zusammenarbeit zwischen  
9 verschiedenen Gesundheitsberufen umgesetzt werden, sollen als Modellprojekte  
10 gefördert werden und langfristig eine Erweiterung der Versorgungsstruktur  
11 werden.

### Begründung

Wie bereits im Grundsatzprogramm und Bundestagswahlprogramm beschlossen sollen regionale interprofessionelle Gesundheitszentren auch in NRW umgesetzt werden.

Die Corona-Pandemie hat erneut verdeutlicht, dass die sozialen Verhältnisse, in denen die Menschen leben, einen großen Einfluss auf die Gesundheit haben. Die Wahrscheinlichkeit infiziert zu werden und das Risiko eines schweren Verlaufs mit Hospitalisierung waren und sind bei einem niedrigen sozioökonomischen Status deutlich erhöht. Um dieser, auch unabhängig der Pandemie bestehenden, gesundheitlichen Ungerechtigkeit entgegenzuwirken, sollen Präventionsangebote ausgebaut werden, in denen der Verhältnisprävention ein größerer Stellenwert eingeräumt wird. Regionale interprofessionelle Gesundheitszentren können diese Präventionsarbeit leisten, wenn sie in den Sozialräumen verankert sind und über die Versorgungsleistungen eine enge Anbindung an die Nutzer\*innen haben. Um eine Gesundheitsversorgung in Stadt und Land sicherzustellen, müssen die spezifischen Begebenheiten und Bedarfe in den Sozialräumen erfasst und in die Planung miteinbezogen werden. In diesen Planungsräumen/Gesundheitsregionen sollen interprofessionelle Gesundheitszentren zum Ankerpunkt der Versorgung werden. Zahlreiche internationale Beispiele und

erste Modellprojekte in Deutschland (z. B. vom Poliklinik Syndikat) zeigen deutlich, dass eine enge, interprofessionelle Zusammenarbeit die Versorgungsqualität verbessert. Die räumliche und organisatorische Nähe von verschiedenen Gesundheitsberufen schafft gute Ausgangsbedingungen für eine solche Zusammenarbeit.

In der Studie des IGES-Institut/ Robert-Bosch-Stiftung ([https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2021-05/Studie\\_Primaerversorgung\\_Gesundheitszentren-fuer-Deutschland.pdf](https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2021-05/Studie_Primaerversorgung_Gesundheitszentren-fuer-Deutschland.pdf) abgerufen 03.11.21) wird ebenfalls eine Verankerung der multiprofessionellen Primärversorgung als eigenständiger Versorgungsbereich gefordert:

„Dazu sollte in Deutschland die Primärversorgung als eine eigenständige kooperative und multiprofessionelle Versorgungsform im SGB V sowie in den nachgeordneten Vertragswerken formal verankert werden. Die spezifischen Leistungen dieser Versorgungsform werden durch lokale Versorgungseinrichtungen (Primärversorgungszentren) erbracht, an denen jeweils mehrere unterschiedliche Leistungserbringer und Gesundheitsprofessionen beteiligt sind. Es ist wünschenswert, dass neben zugelassenen Leistungserbringern der Sozialgesetzbücher V und XI auch öffentliche und zivilgesellschaftliche Instanzen und Akteure vertreten sind. Die Integration und Zusammenarbeit mit diesen Akteuren werden durch entsprechende Regelungen in den Vertrags- und Vergütungsbedingungen der Versorgungsform „Primärversorgung“ eigens gefördert.“ (IGES-Institut, 2021, S.68)

Die gemeinnützige oder kommunale Trägerschaft ist dabei zentral, für die Umsetzung einer bedarfsorientierten Versorgung.

## Unterstützer\*innen

Marc Kersten (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Charlotte Kugler; Bertold Reining; Tanja Deiters (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Christian Drews (KV Köln); Sabrina Allum (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Christiane Klingenburg; Roman Schulte (KV Köln); Heike Kueper; Luise Zühl (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Monika Golombek; Martin Esch (KV Köln); Joana Schulz-Andres (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Miriam Lauwers (KV Köln); Astrid Maria Offer (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Markus Wagener; Sandra Schneeloch (KV Köln); Nadine Milde (KV Köln)

## Beschluss Mehr psychotherapeutische Kassenzulassungen

Gremium: AK Gesundheit  
Beschlussdatum: 04.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammwurf: Kapitel:  
WP-4: Solidarität sichern  
Zeilennummer:  
289

Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise brauchen schnelle Hilfe, damit sich ihr Leid nicht verschlimmert.

Schon seit

mehreren Jahren existieren Empfehlungen, wie Betroffene besser unterstützt und ihre Menschenrechte gewahrt werden können. Wir setzen diese Empfehlungen des „Landespsychiatrieplans“ endlich um! Dazu gehört es, die ambulante psychosoziale und psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung zu verkürzen und Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken zu reduzieren.

### ...soll ersetzt werden durch...

- 1 Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise
- 2 brauchen schnelle Hilfe, damit sich ihr Leid nicht verschlimmert. Schon seit
- 3 mehreren Jahren existieren Empfehlungen, wie Betroffene besser unterstützt und
- 4 ihre Menschenrechte gewahrt werden können. Wir setzen diese Empfehlungen des
- 5 „Landespsychiatrieplans“ endlich um! Dazu gehört es, die ambulante psychosoziale
- 6 und psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung
- 7 u. a. durch mehr psychotherapeutische Kassenzulassungen, die sich am
- 8 tatsächlichen Bedarf orientieren, zu verkürzen und Zwangseinweisungen in
- 9 psychiatrische Kliniken zu reduzieren.

### Begründung

In Deutschland warten Patient\*innen im Durchschnitt 20 Wochen auf den Beginn einer Psychotherapie[1]. Das Problem ließe sich beheben, wenn mehr Psychotherapeut\*innen eine Kassenzulassung bekämen. Denn ohne Kassenzulassung kann ein\*e Therapeut\*in nur Privatpatient\*innen und Selbstzahler\*innen behandeln – eine Alternative, die für viele Erkrankte nicht bezahlbar ist.

Die Bedarfsplanung, nach der sich die Kassenzulassungen auch heute noch richtet, wurde auf Grundlage eines historischen Stichtags im Jahre 1999 festgelegt. Anhand des Beispiels Köln lässt sich jedoch allzu gut die Diskrepanz zwischen damals festgelegter Theorie und gegenwärtiger Praxis erkennen: Der Bedarfsplanung zufolge kommen dort auf eine psychologische Psychotherapeutin ca. 3.000 Einwohner\*innen[2]. Bei einer Millionen-Stadt wie Köln sind das gerade einmal 342 psychologische Psychotherapeut\*innen. Bei jährlich ca. 260.000 psychisch Erkrankten[3], von denen evtl. die Hälfte Interesse an einer psychotherapeutischen Behandlung haben könnte, blieben dann immer noch 383 Patient\*innen, die ein\*e einzige\*r Therapeut\*in pro Jahr behandeln müsste. Die Behandlungsstunden von Psychotherapeut\*innen liegen jedoch im Durchschnitt bei 28 Sitzungen pro Woche[4]. Bis die Behandlung eines\*r Patient\*in abgeschlossen ist, vergeht dann meist ein Jahr[5]. Bei

28 behandelten Patient\*innen bliebe also ein Defizit von 355 Unbehandelten pro Jahr und Therapeut\*in.

Ferner unterstellt die Bedarfsplanung, dass psychische Erkrankungen auf dem Land deutlich seltener vorkommen würden, als in der Großstadt. Jedoch unterscheidet sich die Häufigkeit von psychischen Erkrankungen zwischen städtischen und ländlichen Regionen kaum[6]. Auch die Annahme, dass Großstädte ihre Umgebung mitversorgen und deshalb im Umland eine geringere Psychotherapeut\*innendichte notwendig ist, stimmt häufig nicht. Tatsächlich sind die Wartezeiten auf eine Psychotherapie in der Umgebung einer Großstadt erheblich länger als in den Großstädten selbst[7].

Entgegen der Darstellung in der Bedarfsplanung zeugen diese Fakten von einer Mangelversorgung in der Psychotherapie und nicht von einer Überversorgung.

Um eine Verkürzung der Wartezeiten für einen ambulanten Psychotherapieplatz zu erreichen, müssen folglich mehr Kassensitze zugelassen werden.

[1][https://www.dgppn.de/\\_Resources/Persistent/17452fbcf559a53a36e71334cde8d18e8d-6793fa/20210727\\_Factsheet\\_Kennzahlen.pdf](https://www.dgppn.de/_Resources/Persistent/17452fbcf559a53a36e71334cde8d18e8d-6793fa/20210727_Factsheet_Kennzahlen.pdf)

[2]<https://gesundheitsdaten.kbv.de/cms/media/sp/l.1.2.1.pdf>

[3][https://www.dgppn.de/\\_Resources/Persistent/17452fbcf559a53a36e71334cde8d18e8d-6793fa/20210727\\_Factsheet\\_Kennzahlen.pdf](https://www.dgppn.de/_Resources/Persistent/17452fbcf559a53a36e71334cde8d18e8d-6793fa/20210727_Factsheet_Kennzahlen.pdf)

[4]<https://www.zi.de/publikationen>

[5][https://www.lpk-bw.de/archiv/news2011/pdf/110216\\_studie\\_dptv.pdf](https://www.lpk-bw.de/archiv/news2011/pdf/110216_studie_dptv.pdf)

[6] Bundes-Gesundheitssurvey, DEGS1-MH-Studie

[7] Bundes-Gesundheitssurvey, DEGS1-MH-Studie

## Unterstützer\*innen

Marc Kersten (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Charlotte Kugler; Luise Zühl; Luca Mehlig (KV Köln); Svenja May (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Bertold Reining; Tanja Deiters (KV Köln); Sandra Schmitz (KV Köln); Marvin Schuth (KV Köln); Isabell Oho (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Christian Drews (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Teresa Vegas Condines (KV Köln); Jürgen Medenbach (KV Köln); Denise Schilling (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Heike Kueper; Susanne Böller (KV Köln); Martin Esch (KV Köln); Joana Schulz-Andres (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Miriam Lauwers (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Mariella Broscheid (KV Köln); Astrid Maria Offer (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Markus Wagener; Nadine Milde (KV Köln)

## Beschluss Gesundheitsversorgung frei von Diskriminierung

Gremium: AK Gesundheit  
Beschlussdatum: 14.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

nach Zeile 330 einfügen

Wahlprogrammewurf: Kapitel:  
WP-4: Solidarität sichern  
Zeilennummer:  
330

### ...soll ersetzt werden durch...

1 Gesundheitsversorgung frei von Diskriminierung  
2 -  
3 Diskriminierung ist in unserem Gesundheitssystem weit verbreitet und wird doch  
4 viel zu selten auf gesamtgesellschaftlicher Ebene als Problem erkannt und  
5 angegangen. Hier wollen wir ansetzen und als Land NRW eine entsprechende  
6 Forschungsförderung etablieren, um Diskriminierung im Gesundheitswesen in seinen  
7 Mechanismen und Auswirkungen systematisch und wissenschaftlich zu untersuchen.  
8 Ebenso müssen diskriminierungskritische und intersektionale Perspektiven  
9 selbstverständlicher Teil der medizinischen und gesundheitsberuflichen Aus-  
10 Fort- und Weiterbildung werden. Im psychotherapeutischen Bereich wollen wir  
11 diskriminierungssensible Therapieangebote mit entsprechend geschulten  
12 Therapeut\*innen anbieten. Insgesamt bedarf es eines fortlaufenden Monitorings  
13 sowie der Weiterentwicklung organisationaler Strukturen (z.B. durch  
14 Diskriminierungsbeauftragte und Dolmetscher\*innen in Krankenhäusern und im  
15 ambulanten Bereich) um diskriminierende Strukturen und Praktiken benennen und  
16 aufbrechen zu können.

### Begründung

Diskriminierungserfahrungen im Gesundheitswesen gehören für viele Patient\*innen, Ärzt\*innen, Pfleger\*innen oder Angehörige zum traurigen Alltag und können dazu führen, dass medizinische oder therapeutische Leistungen seltener in Anspruch genommen werden oder die Berufsausübung als belastend erfahren und im schlimmsten Fall unfreiwillig beendet wird. Gleichzeitig fehlen in Deutschland systematische, wissenschaftliche Untersuchungen zum Vorkommen von Diskriminierung im Gesundheitswesen, seinen Mechanismen und Auswirkungen.

Diskriminierungsformen im Gesundheitswesen sind dabei vielfältig und zeigen sich beispielhaft und in nicht erschöpfender Weise, wenn:

- Schwarze Patient\*innen oder Patient\*innen of Color eine schlechtere medizinische Behandlung erhalten, weil nicht-weiße Körper ungenügend in die medizinische Lehre einbezogen werden;
- Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aufgrund rassistischer Zuschreibungen in ihrer Symptomatik nicht ernst genommen werden („Morbus Mediterraneus“) oder die einsprachige

Ausrichtung des Gesundheitssystems Zugangsmöglichkeiten zu gesundheitlicher Information und Behandlung versperrt;

- sich LSBTIQA+ aufgrund queerfeindlicher Vorbehalte ständig erklären müssen und sich trans- und intergeschlechtliche Personen aufgrund biologistischer Zuschreibungen aufwendigen und demütigenden Verfahren unterziehen müssen;
- Menschen mit Behinderung eine bedarfsgerechte Behandlung verwehrt bleibt und Zugänge jeden Tag aufs Neue erkämpft werden müssen;
- Ganz grundsätzlich Betroffenen von Diskriminierung ihre spezifischen Erfahrungen in therapeutischen Settings abgesprochen werden,
- Oder wenn Beschäftigte im Gesundheitswesen (Ärzt\*innen, Pfleger\*innen, Therapeut\*innen etc.) von ihren Kolleg\*innen oder Vorgesetzten aufgrund von Differenzzuschreibungen zu „anderen“ gemacht und ausgeschlossen, gemobbt, subtil zurechtgewiesen oder belehrt, penetrant befragt oder ganz grundsätzlich in ihrer beruflichen Entfaltung behindert werden.

Als GRÜNE wollen wir ein Gesundheitssystem, in dem über Diskriminierung gesprochen wird und sich Betroffene nicht weiter allein gelassen fühlen. Wo Diskriminierung hingegen unbenannt bleibt, kann sie sich umso hemmungsloser stabilisieren und verbreiten.

## Unterstützer\*innen

Marc Kersten (KV Köln); Charlotte Kugler; Luca Mehlig (KV Köln); Marvin Schuth (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Sabrina Allum (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Christiane Klingenburg; Heike Kueper; Luise Zühl (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Dr. Inge Mirtschink; Joana Schulz-Andres (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Miriam Lauwers (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Æther Flachmann (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Dr. Heike Havermeier; Andreas Franco (KV Köln); Markus Wagener; George Heidbrink (KV Köln)

## Beschluss Ablehnung schwarz-gelbe Gesetzesvorlage zum Versammlungsrecht NRW

Gremium: AK gegen Rechts  
Beschlussdatum: 09.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammwurf: Kapitel:  
Versammlungsfreiheit  
schützen  
Zeilennummer:  
78

Wir wollen ein Versammlungsrecht, das Versammlungen in NRW ermöglicht und schützt und nicht erschwert und bei dem es für jede\*n unbürokratisch möglich ist Versammlungen anzumelden und rechtssicher durchzuführen. Der Schutz der persönlichen Daten darf auch bei Demonstrierenden nicht weiter beschnitten werden.

### ...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir wollen ein Versammlungsrecht, das Versammlungen – auch Gegendemonstrationen
- 2 – in NRW ermöglicht und schützt und nicht erschwert und bei dem es für jede\*n
- 3 unbürokratisch möglich ist Versammlungen anzumelden und rechtssicher
- 4 durchzuführen. Der Schutz der persönlichen Daten darf auch bei Demonstrierenden
- 5 nicht weiter beschnitten werden. Daher lehnen wir die aktuelle Gesetzesvorlage
- 6 der schwarz-gelben Landesregierung entschieden ab.

### Begründung

Die Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) stellt in unserer Demokratie ein zentrales Grundrecht dar, weil sie es der Zivilgesellschaft ermöglicht, ihre Anliegen auf die Straße zu tragen und Missstände anzuprangern. In der sog. In der sog. Brokdorfentscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, Beschluss vom 14. Mai 1985 – 1 BvR 233/81 –, BVerfGE 69, 315-372, juris Rz. 61) heißt es hierzu wörtlich: „Als Abwehrrecht, das auch und vor allem andersdenkenden Minderheiten zugute kommt, gewährleistet Art 8 GG den Grundrechtsträgern das Selbstbestimmungsrecht über Ort, Zeitpunkt, Art und Inhalt der Veranstaltung und untersagt zugleich staatlichen Zwang, an einer öffentlichen Versammlung teilzunehmen oder ihr fernzubleiben. Schon in diesem Sinne gebührt dem Grundrecht in einem freiheitlichen Staatswesen ein besonderer Rang; das Recht, sich ungehindert und ohne besondere Erlaubnis mit anderen zu versammeln, galt seit jeher als Zeichen der Freiheit, Unabhängigkeit und Mündigkeit des selbstbewußten Bürgers. In ihrer Geltung für politische Veranstaltungen verkörpert die Freiheitsgarantie aber zugleich eine Grundentscheidung, die in ihrer Bedeutung über den Schutz gegen staatliche Eingriffe in die ungehinderte Persönlichkeitsentfaltung hinausreicht.“

Um diesem Zweck gerecht zu werden, brauchen wir ein modernes Versammlungsfreiheitsgesetz, das insbesondere auch den Protest gegen rechte Demonstrationen nicht nur ermöglicht, sondern auch schützt.

Der aktuelle Gesetzesentwurf der schwarz-gelben Landesregierung zur Einführung eines VersG NRW wird diesem Anspruch nicht nur nicht gerecht, sondern konterkariert ihn regelrecht und muss somit entschieden abgelehnt und sein Erlass verhindert werden.

## Unterstützer\*innen

Marc Kersten (KV Köln); Leon Schlömer; Achim Stump (KV Köln); Elias Binger (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Leonie Bohn (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Katja Leverkus (KV Köln); Lukas Lühtrath (KV Köln); Sarah Brunner (KV Köln); Nathalie Voigt (KV Köln); Carlotta Rainoldi (KV Köln); Frank Jablonski (KV Köln); Elisabeth Huther (KV Köln); Jutta Piepenbring; Isabell Oho (KV Köln); Sharon Nathan (KV Köln); Robert Kuhn (KV Köln); Kai Echelmeyer (KV Köln) ; Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Teresa Vegas Condines (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Katja Trompeter (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Heike Kueper; Susanne Böller (KV Köln); Esther Kings (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Stefan Wolters; Katja Poredda (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln)

## Beschluss Rekommunalisierung von Flächen

Gremium: AK Soziales  
Beschlussdatum: 14.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammwurf: Kapitel:  
WP-4  
Zeilennummer:  
113

Ballungsgebieten stark angespannt und so wird Wohnraum knapp. Im letzten Jahrzehnt hat sich die Anzahl der geförderten Wohnungen nahezu halbiert, da die Mietpreisbindungen für sie ausgelaufen sind. Dieser Tendenz stellen wir uns entgegen und unterstützen Kommunen dabei, die Bindungen aufzukaufen, zu verlängern und auch neue Bindungen zu kaufen. So sichern wir preisgünstigen Wohnraum. Außerdem fördern wir verstärkt den Bau von neuen sozialen und preiswerten Wohnungen. Wir unterstützen die Kommunen ebenfalls dabei, Flächen

### ...soll ersetzt werden durch...

- 1 Ballungsgebieten stark angespannt und so wird Wohnraum knapp. Im letzten
- 2 Jahrzehnt hat sich die Anzahl geförderter Wohnungen nahezu halbiert, da
- 3 Mietpreisbindungen auslaufen, und nicht in gleichem Ausmaß neu geschaffen werden
- 4 können.
- 5 Dieser Tendenz stellen wir uns entgegen und unterstützen Kommunen prioritär bei
- 6 der Rekommunalisierung von Flächen, aber auch bei Aufkauf, Verlängerung und
- 7 Schaffung von Mietpreisbindungen. So sichern wie preisgünstigen Wohnraum
- 8 langfristig. Außerdem fördern wir verstärkt den Bau von neuen sozialen und
- 9 preiswerten Wohnungen. Wir unterstützen die Kommunen ebenfalls dabei, Flächen

### Begründung

Eine langfristige Bereitstellung von preiswertem Wohnraum kann nur sichergestellt werden wenn Flächen dauerhaft in öffentlicher Hand sind. Bindungen haben keinen dauerhaften effekt uns sollten daher zweite Priorität sein.

### Unterstützer\*innen

Marc Kersten (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Leon Schlömer; Elias Binger (KV Köln); Katharina Philippsen-Schmidt; Sascha Heußen (KV Köln); Bertold Reining; Bert Lahmann (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Marvin Schuth (KV Köln); Peter Schmitz; Christian Drews (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Heike Kueper; Luise Zühl (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Charlotte Kugler; Martin Esch (KV Köln); Joana Schulz-Andres (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Georg Sieglen (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Esther Kings (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Markus Wagener

## Beschluss Tierschutz im Karneval

Antragsteller\*in: Roman Schulte

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wir setzen uns dafür ein, dass die sogenannten Zirkusleitlinien unverzüglich und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen überarbeitet und in diesem Punkt angepasst werden.

Wahlprogrammtextwurf: Kapitel:  
Lebensgrundlagen erhalten -  
Tierversuche reduzieren,  
Haustiere schützen  
Zeilennummer:  
937

### ...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir setzen uns dafür ein, dass die sogenannten Zirkusleitlinien
- 2 unverzüglich und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen überarbeitet und
- 3 in diesem Punkt angepasst werden. Zudem wollen wir zum Wohle von Tier und Mensch
- 4 den Einsatz von Tieren, insbesondere Pferden, für Karnevals- und Festumzüge
- 5 einschränken.

### Begründung

Die Nutzung von Pferden bei Großveranstaltungen wie Karnevals- oder Festumzügen ist aus Gründen des Tierschutzes und der Sicherheit unverantwortlich.

Pferde sind Fluchttiere und erfahren ein außerordentlich hohes Stresslevel durch Menschenmassen, Lärm und motorisierte Fahrzeuge. Es ist ethisch nicht vertretbar, sie diesem Stress aufgrund reiner Unterhaltungszwecke auszusetzen.

Außerdem treten immer wieder Unfälle auf, bei denen Menschen durch panische Pferde verletzt werden. Um die Sicherheit der Besucher\*innen zu gewährleisten und sie dem Risiko eines solchen Unfalls nicht auszusetzen, muss auf Pferde bei Großveranstaltungen verzichtet werden.

Modifiziert & beschlossen im AK Klima & Umwelt am 18.11.2021.

### Unterstützer\*innen

Roman Schulte (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Stefan Wolters; Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Annika Morawietz (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Deniz Erdidal (KV Köln); Denise Schilling (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Alexander Allwicher (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Christopher Schmidt (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Heike Kueper; Katharina Philippsen-Schmidt; Luise Zühl (KV Köln); Regina Pischke; Dr. Heike Havermeier; Alexander Volk (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Max Beckhaus (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Dirk Brandt-Jarofke (KV Köln); Fabian Pausch (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Dominik Bickschäfer (KV Köln); Markus Wagener; Katja Poredda (KV Köln)

## Beschluss KONKRETE Wege gegen Wohnungslosigkeit

Gremium: AK Soziales  
Beschlussdatum: 09.11.2021  
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammewurf: Kapitel:  
WP-4 Solidarität sichern  
Zeilennummer:  
162

#### Neue Wege gegen Wohnungslosigkeit

Wohnen ist ein Menschenrecht! Unser Ziel ist, dass in NRW mehr Menschen in ihren

Wohnungen bleiben können oder wieder ein Zuhause bekommen. Wir stärken den sozialen Wohnungsbau. Wir erreichen dadurch, dass auch Personen mit geringem Einkommen und in schwierigen Lebenslagen eine angemessene Wohnung finden.

Menschen, die bereits wohnungslos sind, brauchen wieder ein Dach über dem Kopf.

Dort, wo es noch keine ausreichenden Unterstützungsangebote für Wohnungslose gibt, bauen wir sie aus. Dazu gehören auch spezielle Angebote für Frauen, Jugendliche und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus unterstützen wir Familien, die wohnungslos geworden sind oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Gerade Kinder und Jugendliche brauchen in dieser familiären Notlage Schutz und Unterstützung. Der Ansatz "Housing first" bedeutet, Wohnungslose, ohne in Deutschland übliche Vorbedingungen wie "Trainingswohnen", in eine normale Wohnung zu vermitteln. Zusätzlich werden persönliche Hilfen angeboten. Dadurch können sich die Betroffenen stabilisieren und wieder ein selbstbestimmtes Leben führen. Gerade Frauen bietet dieser Ansatz Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, die sie häufig im Tausch für Übernachtungsmöglichkeiten erfahren. Wir wollen "Housing first" in ganz NRW ausbreiten und sozialen Trägern und Kommunen helfen, geeignete Wohnungen dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

#### ...soll ersetzt werden durch...

1 Neue Wege gegen Wohnungslosigkeit

2

3 Wohnen ist ein Menschenrecht! Dessen Umsetzung eine wichtige Priorität für die  
4 kommende Legislaturperiode sein wird. Unser Ziel ist, dass in NRW alle Menschen  
5 in NRW in ihren Wohnungen bleiben können oder wieder ein Zuhause bekommen. Wir  
6 werden den sozialen Wohnungsbau massivstärken und die Kommunen beim Kauf von  
7 Belegungsrechten für besonders schwer vermittelbare Mieter\*innen unterstützen.  
8 So erreichen wir, dass auch Personen mit geringem Einkommen und in schwierigen  
9 Lebenslagen eine angemessene Wohnung finden.

10 Mit einem landesweiten Aktionsplan tragen wir als Land NRW zum EU-Ziel bei, bis  
11 2030 Obdachlosigkeit zu einem Fremdwort zu machen. Obdachlose dürfen dabei nicht  
12 unter dem Aspekt der Gefahrenabwehr behandelt werden, sondern als Menschen mit  
13 gleichen Rechten und Würde. Menschen, die bereits wohnungslos sind, wollen wir  
14 wieder ein Dach über dem Kopf und eine dauerhafte, menschenwürdige Unterbringung

15 verschaffen. Sammelunterkünfte betrachten wir, genauso wie bei Geflüchteten, als  
16 Auslaufmodell.

17 Dort, wo es noch keine ausreichenden Unterstützungsangebote für Wohnungslose  
18 gibt, bauen wir sie aus, machen sie bedarfsgerechter und heben die Trennung in  
19 Notschlafstellen und Tagesaufenthalte auf. Wir brauchen auch spezielle Angebote  
20 für Frauen, queere Menschen, Jugendliche, Betroffene mit Haustieren und Menschen  
21 ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus unterstützen wir Familien, die  
22 wohnungslos geworden sind oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Gerade Kinder  
23 und Jugendliche brauchen in dieser familiären Notlage Schutz und Unterstützung.  
24 Der Ansatz "Housing first" bedeutet, Wohnungslose, ohne in Deutschland übliche  
25 Vorbedingungen wie "Trainingswohnen", in eine normale Wohnung zu vermitteln.  
26 Zusätzlich werden persönliche Hilfen angeboten. Dadurch können sich die  
27 Betroffenen stabilisieren und wieder ein selbstbestimmtes Leben führen. Gerade  
28 Frauen bietet dieser Ansatz Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, die sie häufig im  
29 Tausch für Übernachtungsmöglichkeiten erfahren. Wir wollen "Housing first" in  
30 ganz NRW erheblich ausweiten und sozialen Trägern und Kommunen umfassend helfen,  
31 geeignete Wohnungen dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

## Begründung

Wohnen ist ein Menschenrecht. Es ist in der EU-Sozialcharta sowie in der UN-Erklärung der universellen Menschenrechte explizit als Grundrecht definiert. Doch dieses Grundrecht wird jeden Tag mit Füßen getreten. Für uns als Menschenrechtspartei muss es eine klare Priorität sein, dies zu ändern!

Wir können nicht sagen, dass Wohnen ein Menschenrecht ist und dann zaghaft vorschlagen, wie es vermutlich absolut jede zur Landtagswahl antretende Partei sagen wird, dass wir MEHR Menschen bezahlbares Wohnen ermöglichen und ein Dach über dem Kopf geben wollen. Ein Grundrecht bedeutet schon per Definition, dass es für ALLE gilt. Dann lasst es uns auch so als Ziel formulieren!

Das Phänomen Wohnungslosigkeit ist auch ein Gradmesser dafür, wie eine Gesellschaft mit ihren schwächsten Gliedern umgeht. Vor allem in unseren Großstädten wird es von der Zivilgesellschaft als großes Problem wahrgenommen. Gerade vor dem Hintergrund der zahlreichen Farbanschläge auf Obdachlose in Köln in den letzten Wochen, gilt es jetzt, die Menschenwürde in den Vordergrund zu rücken.

Wenn wir Obdachlosigkeit zum Fremdwort machen wollen, wie es sich die EU unter einer CDU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf die Fahnen geschrieben hat, dann brauchen wir...

- eine massive Stärkung des sozialen Wohnungsbaus
- keine kosmetischen Verbesserungen und Sprechblasen, sondern einen umfassenden Ausbau von Housing First und eine deutlich stärkere Unterstützung der Kommunen beim Aufkauf von Belegungsrechten für explizit diese Zielgruppe
- keinen lokalen Flickenteppich an Maßnahmen, sondern einen landesweit koordinierten Plan
- mittelfristig eine Überwindung unwürdiger Sammelunterkünfte/Notschlafstellen, die das Recht auf Privatsphäre missachten und auch gesundheitspolitisch kaum zu verantworten sind
- die Aufhebung der unzeitgemäßen und menschenunwürdigen Trennung in Nacht- und Tagesaufenthalte verbunden mit der damit einhergehenden täglichen Retraumatisierung Betroffener

- schon jetzt bedarfsgerechtere Hilfsangebote, auch für queere Menschen und vor allem für Obdachlose mit Haustieren, solange das übergeordnete Ziel nicht erreicht ist

Lasst uns das Problem mutig und mit konkreten Konzepten angehen. Es ist auch zu wichtig, um es der politischen Konkurrenz zu überlassen.

## Unterstützer\*innen

Tanja Deiters (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Bertold Reining; Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Sandra Schmitz (KV Köln); Marvin Schuth (KV Köln); Peter Schmitz; Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Christian Becher (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Peter Ruther (KV Köln); Luise Zühl (KV Köln); Charlotte Kugler; Alexander Volk (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Daniel Bauer-Dahm (KV Köln); Astrid Maria Offer (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Phi Burghardt (KV Köln); Æther Flachmann (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Michael Kutzera; Roland Schwarz (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Till Hoffmann (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Dr. Heike Havermeier; Markus Wagener; Maximilian Krupp (KV Köln); Jörg Frank (KV Köln); George Heidbrink (KV Köln); Evelyn Rose-Thalheim

## Beschluss Nachtflugverbote

Antragsteller\*in: Roman Schulte

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Um die Menschen besser vor Lärm zu schützen, werden wir Nachtflüge reduzieren und die Ausweitung sowie die Einhaltung von Nachtflugverboten fortlaufend überprüfen.

Wahlprogrammmentwurf: Kapitel:  
Lebensgrundlagen erhalten -  
Flugverkehr klimaneutral  
ausrichten, Anwohner\*innen  
schützen  
Zeilennummer:  
465

### ...soll ersetzt werden durch...

- 1 Um die Menschen besser vor Lärm zu schützen, werden wir Nachtflüge reduzieren
- 2 und die Ausweitung sowie die Einhaltung von Nachtflugverboten fortlaufend
- 3 überprüfen. Insbesondere am Flughafen Köln-Bonn setzen wir uns für ein
- 4 konsequentes Nachtflugverbot ein.

### Begründung

Die Belastungen des Flugverkehrs für Klima & Mensch sind offensichtlich und werden im Programmmentwurf explizit benannt. Allerdings sollte der Schutz von Anwohner\*innen konkreter eingefordert werden.

Der Flughafen Köln-Bonn ist einer der wenigen Flughäfen in Deutschland, die weder einem Nachtflugverbot für Passagierflugzeuge noch für Frachtverkehr unterliegen. Dies ist sowohl unter Klimagesichtspunkten als auch unter Lärmgesichtspunkten unverantwortlich. Die Anwohner\*innen des Flughafens Köln-Bonn leiden schon seit Jahren unter der Lärmbelastung ohne eine konkrete Aussicht auf Besserung. Gleichzeitig gibt es bei anderen Flughäfen in der Umgebung (Düsseldorf in NRW oder Frankfurt in Hessen) wirksame Beschränkungen des Nachtflugverkehrs. Wieso gelingt es dort, Anwohner\*innen zu schützen und in Köln-Bonn nicht?

Nach der kommenden Landtagswahl könnten wir Grüne im Bund, in NRW und in Köln gleichzeitig in Regierungsverantwortung sein. Eine solche Konstellation bietet optimale Voraussetzungen, um Nachtflugverbote endlich wirksam umzusetzen.

### Unterstützer\*innen

Achim Stump (KV Köln); Leon Schlömer; Luise Zühl; Bert Lahmann (KV Köln); Manuela Meyer-Pfeil (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Dirk Brandt-Jarofke (KV Köln); Fabian Staben; Maximilian Ruta (KV Köln); Robert Schallehn (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Andreas Haenlein (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Christian Becher (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Annika Morawietz (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Deniz Erdidal (KV Köln); Denise Schilling (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Alexander Allwicher (KV Köln); Christiane Klingenburg; Christopher Schmidt (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Heike Kueper; Marc Kersten (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Max Beckhaus (KV Köln); Stefan

Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Mariella Broscheid (KV Köln); Bärbel Hölzing; Georg Sieglén (KV Köln); Hans Schwanitz; Floris Rudolph (KV Köln); Dominik Bickschäfer (KV Köln); Jörg Frank (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln)

## Beschluss Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten

Antragsteller\*in: Marc Kersten

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

### bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammtextwurf: Kapitel:  
WP-4 Solidarität sichern  
Zeilennummer:  
196

Wir machen die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter zum notwendigen Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

### ...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir machen die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung
- 2 Schwerbehinderter zum notwendigen Kriterium bei der Vergabe öffentlicher
- 3 Aufträge. Und gehen als Land NRW vorbildlich voran, indem wir eine
- 4 verwaltungsinterne Beschäftigungsquote anstreben, die dem Anteil
- 5 Schwerbehinderter in der Bevölkerung entspricht.

### Begründung

Die Anliegen von Menschen mit Schwerbehinderung und chronischen Erkrankungen werden in politischen Debatten gerne aufs Nebengleis geschoben. Und das obwohl gut 9% der Bevölkerung einen Schwerbehindertenausweis haben und nach Schätzungen mehr als 25% der Bevölkerung unter einer schweren gesundheitlichen Beeinträchtigung leiden.

Auch auf dem Arbeitsmarkt sind sie erheblich benachteiligt, obwohl es eine gesetzliche Mindestquote von 5% gibt. Diese wird aber kaum irgendwo erreicht.

Um so wichtiger ist es, dass der öffentliche Dienst hier als Vorbild vorangeht und sich mehr als das bisher gesetzlich vorgeschriebene zum Ziel setzt. Die gewählte Formulierung ist bewusst als Soll- statt Muss-Regelung formuliert, da das Ziel nicht kurzfristig zu erreichen sein wird.

---

BITTE VOTET für diesen Antrag, damit Menschen mit Behinderung zumindest entsprechend ihres Anteils in der Bevölkerung berücksichtigt werden, was wir Grüne ja auch in unserem neuen Vielfaltsstatut fordern.

### Unterstützer\*innen

Isabell Oho (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Sabrina Allum (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Leon Schlömer; Thomas Ketelaer (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Peter Ruther (KV Köln); Heike Kueper; Alexander Volk (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Daniel Bauer-Dahm (KV Köln); Fabian Pausch (KV Köln); Esther Kings (KV Köln); Phi Burghardt (KV Köln);

Æther Flachmann (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Marvin Schuth (KV Köln); Till Hoffmann (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Bettina von Reden (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Markus Wagener; Stefan Wolters; Dr. Heike Havermeier; Dr. Astrid Offer; Carlotta Rainoldi (KV Köln); Nadine Milde (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Maximilian Krupp (KV Köln); George Heidbrink (KV Köln)